

Die Erneuerung des Sozialismus in der DDR wird die Anziehungskraft dieser Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden erhöhen. Sie wird den Kommunisten in der BRD und Westberlin Auftrieb geben und auch andere demokratische Kräfte ermutigen, die hohe Erwartungen in den bei uns eingeleiteten Prozeß setzen. Angesichts der Erfahrungen mit ihrem kapitalistischen System gibt es nicht wenige Hoffnungen, im Wettbewerb zwischen beiden Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der DDR die freiere, demokratischere und sozialere deutsche Republik als echte Alternative zur BRD wachsen zu sehen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir wollen den Dialog mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus der BRD auf allen Ebenen zur wichtigsten Frage, welchen Beitrag die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger zur Friedenserhaltung durch Vertrauensbildung und Abrüstung leisten, wieder intensiver gestalten. Gleichzeitig sollte der Dialog über das Leben in der Gesellschaft, über die Wertvorstellungen und sozialen Prozesse, über die Demokratie und die Menschenrechte in der sozialistischen und in der kapitalistischen Welt, über das Geschichtsbild und die Rolle des Menschen geführt werden, damit beiden Seiten jeweils die Vorzüge und die Defizite deutlicher werden. Einseitige Darstellungen und verzerrte Bilder in den Medien müssen der Vergangenheit angehören. Wer herüber und hinüber fährt, soll über alle Fragen sprechen, die die Menschen bewegen.

In den Dialog eingeschlossen ist die weitere Entwicklung und konstruktive Gestaltung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD, für eine partnerschaftliche Zweistaatlichkeit im Interesse der Menschen beider Staaten und der europäischen Völker. Für uns ergibt sich die Aufgabe, diese Zielstellung weiter auszuarbeiten im Lichte der eingeleiteten Wende und mit dem Blick auf die auf dem XII. Parteitag zu fassenden Beschlüsse hinsichtlich unserer konkreten Vorstellungen über die Perspektive der DDR und der BRD im künftigen Haus Europa.

Das schließt auch Überlegungen über eine völkerrechtliche Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Sinne qualifizierter guter Nachbarschaft im europäischen Haus ein. Allerdings hat das mit einer »Wiedervereinigung oder Neuvereinigung Deutschlands« unter kapitalistischen Vorzeichen nichts zu tun, so sehr sich auch einige BRD-Politiker bemühen, diese Debatte auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Nein, es geht darum, daß die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD tatsächlich stets einen mehr oder weniger starken gesamteuropäischen Bezug hatten und haben. Dieses Ergebnis der Geschichte dürfen wir genausowenig übersehen wie die Sorgen vieler europäischer Nachbarstaaten, die die leidvollen Erfahrungen,